

**Guido Halfter
Bürgermeister**

Bissendorf, den 13.07.2009

**Öffentliches Statement zur jüngsten Pressemitteilung der Ratsgruppe
Grüne/UWG vom 10. Juli 2009**

Eingangs möchte ich hervorheben, dass sich Frau Guyard in der Diskussion über das Gewerbegebiet Natbergen bisweilen mit konstruktiven, kritischen und durchaus brauchbaren Anmerkungen einbringt.

Ihre substantziellen Argumente weichen hierbei jedoch immer häufiger einer inszenierten Aufgeregtheit, die in der Öffentlichkeit zur Schau gestellt wird und gezielt die Arbeit des Gemeinderates und der Verwaltung diskreditieren soll.

Mit ihrer jüngsten Pressemitteilung erweckt Frau Guyard den Anschein, nicht nur eine „druckfreie“ ratsoffene Diskussion über das Für und Wider wirtschaftlicher Entwicklungschancen der Gemeinde Bissendorf erschweren, sondern auch eine solide überparteiliche Befassung der Ratsmitglieder mit einem in jeder Hinsicht bedeutsamen und sehr komplexen Thema (auch dem Thema Bürgerbefragung) verhindern zu wollen.

Dabei bedient sich Frau Guyard bedauerlicherweise wieder einmal durchsichtiger polemischer Instrumente. Gebetsmühlenartig, fast schon bärbeißig anmutend, suggeriert sie mit vorwurfsvollen Aussagen, dass der Rat von außen instrumentalisiert und in seiner Entscheidungskompetenz rechtswidrig beeinflusst werden würde. Dieser Vorwurf muss entschieden zurückgewiesen werden.

Niemand nahm und nimmt Einfluss auf die Planungshoheit des Rates, die übrigens ganz und allein bei der Gesamtheit des Rates liegt und nicht etwa exklusiv von der Gruppe Grüne/UWG oder schon gar nicht von einer Bürgerinitiative oder einem Investor in Anspruch genommen werden kann und darf.

Frau Guyard sollte zudem doch erst einmal die konkrete Tagesordnung der Klausurtagung abwarten, bevor sie vorschnell öffentliche Kritik am Prozedere äußert.

Die Klausurtagung ist übrigens als ein wohlgemeintes Angebot an alle Ratsmitglieder zu verstehen, sie stellt keine bußgeldbewehrte Pflichtveranstaltung dar, zu der Ratsmitglieder vom Bürgermeister etwa herbeizitiert werden könnten. Es werden dabei auch keine verfahrensrelevanten Planungsentscheidungen getroffen und keine öffentlichen Debatten verhindert.

Ich kann der Ratsfrau Guyard nur den höflich gemeinten Rat geben, sich in der in Rede stehenden Angelegenheit zukünftig einfach korrekter, demokratischer und vor allem fairer im Umgang mit Rat und Verwaltung zu verhalten.

Die öffentliche Behandlung des Themas wird unter Beachtung aller rechtlichen Vorgaben und unter Wahrung aller demokratischen Regeln zu gegebener Zeit erfolgen. Darauf können sich Frau Guyard und die Öffentlichkeit verlassen.

Vorgeschaltete Arbeitsgespräche, wie die anberaumte Klausurtagung, sind statthaft, legitim und geläufig in allen demokratisch gewählten Instanzen.

Schön wäre es, wenn sich gerade die ratsangehörigen Kritiker in einem solchen Arbeitsgespräch mit substantziellen Beiträgen einbringen würden, weshalb Frau Guyard nicht nur hier eine immer wieder gern gesehene Teilnehmerin wäre und mithin hoffentlich auch bleibt.

Guido Halfter